MÄRKISCHER KREIS
DER LANDRAT

Heedfelder Straße 45 ·58509 Lüdenscheid
Telefon: 02351 / 966-60 E-Mail: poststelle@maerkischer-kreis.de
www.maerkischer-kreis.de

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

Bezeichnung der Datenverarbeitung:	Beistandschaften, Beratung und Beurkundungen
Verantwortliche/r:	Jugendamt Märkischer Kreis Jugendamtsleitung Herr Sauerland Heedfelder Straße 45, 58509 Lüdenscheid Tel.: 6644 Fax: 02351 - 966 88 6644 E-Mail: m.sauerland@maerkischer-kreis.de
Vertreter/in:	Fachdienst 57 – Planung und Querschnitt Herr Wegener Tel.: 6591 Fax: 02351 - 966 88 6591 E-Mail: s.wegener@maerkischer-kreis.de Fachdienst 57 – Planung und Querschnitt Herr Hansel Tel.: 5910 Fax: 02351 - 966 88 5910 E-Mail: j.hansel@maerkischer-kreis.de
Datenschutz-beauftragte/r:	Märkischer Kreis Datenschutzbeauftragte Fachdienst Recht & Kommunalaufsicht / Datenschutz Heedfelder Straße 45 58509 Lüdenscheid Tel.: 02351/966-6134 Fax: 02351/6866 E-Mail: datenschutz@maerkischer-kreis.de
Zweck/e der Datenverarbeitung:	Ihre Daten werden erhoben, um: - Beantwortung von Anfragen durchzuführen, - interne Vorgänge Sachgebietsübergreifend zu bearbeiten - Beratungen und Unterstützungen nach § 18 SGB VIII durchzuführen, - Beistandschaft führen zu können, - die Vaterschaft zu dem minderjährigen Kind rechtlich feststellen zu können, bzw. - den Unterhaltsanspruch des minderjährigen Kindes geltend zu machen, - Ihren Antrag/Ihr Anliegen bearbeiten zu können - eine Beurkundung vornehmen zu können bzw. Sorgerechtsnachweise ausstellen zu können - die Feststellung, die Durchsetzung und die Heranziehung von Unterhaltsansprüchen durchführen zu können - das Sorgeregister für den Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes des Märkischen Kreises zu führen
Wesentliche Rechtsgrundlage/n: *(materiell-rechtlich sowie verfahrens- und datenschutzrechtlich)*	Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, Art. 7 DSGVO, DSG NRW , Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO i. V. m. § 67 ff SGB X, §97 a SGB VIII, §§ 61 - 65 SGB VIII, § 68 SGB VIII, § 87c SGB VIII, §87e SGB VIII, §§ 1712 - 1717 ff BGB, § 58a SGB VIII, § 59 SGB VIII, § 60 SGB VIII, § 52a SGB VIII, § 1591 BGB, § 1592 BGB, § 18 SGB VIII, §§ 1594 - 1599 BGB, §§ 1600 - 1600d BGB,

	Rechtsgrundlagen im Unterhaltsrecht: §§ 1601 - 1615d BGB **Rechtsgrundlagen im Verfahrensrecht:** § 7 FamFG, §§ 23 - 37 FamFG, §§ 38 - 48 FamFG, §§ 76 - 78 FamFG, § 81 FamFG, §§ 111-270 FamFG, insbesondere die Paragraphen; §§ 169-185 FamFG, § 173 FamFG, § 234 FamFG, §§ 249-260 FamFG, § 113 FamFG, **Rechtsgrundlagen im Rahmen der Zwangsvollstreckung:** §§ 114-127 ZPO, § 753 ZPO, § 828 ZPO, § 829 ZPO, § 840 ZPO, §§ 850 ff ZPO, § 850 d ZPO, § 48 SGB I
Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:	- Beantwortung von Anfragen durchzuführen, - interne Vorgänge Sachgebietsübergreifend zu bearbeiten - Beratungen und Unterstützungen nach § 18 SGB VIII durchzuführen, - Beistandschaft führen zu können, - die Vaterschaft zu dem minderjährigen Kind rechtlich feststellen zu können, bzw. - den Unterhaltsanspruch des minderjährigen Kindes geltend zu machen, - Ihren Antrag/ Ihr Anliegen bearbeiten zu können - eine Beurkundung vornehmen zu können bzw. Sorgerechtsnachweise ausstellen zu können - die Feststellung, die Durchsetzung und die Heranziehung von Unterhaltsansprüchen durchführen zu können - das Sorgeregister für den Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes des Märkischen Kreises zu führen
Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten:	- externe Auftragsverarbeiter im Rahmen von Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO: SIT Hemer (Rechenzentrum) - zur Zahlungsabwicklung beteiligte Stellen des Märkischen Kreises - andere Stellen bzw. Fachdienstes des Märkischen Kreises - die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung an folgende Dritte übermittelt werden: - andere Sozialleistungsträger (z.B. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, ggf. Staatsanwaltschaft - andere Dritte wie z.B.: kommunale Ämter, Bundesamt für Finanzen, Hauptzollamt, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Ausländerbehörden, zuständige Auslandsvertretungen, Auftragsverarbeiter (z. B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungs-unternehmen, Jugendämter, Justizbehörden, zuständige Einwohnermeldeämter, bevollmächtigte Angehörige und Betreuer. - Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter, Polizei, Standesämter
Eine Übermittlung an ein Drittland außerhalb der EU oder eine internationale Organisation:	☐ ist nicht beabsichtigt ☒ ist beabsichtigt / Beschreibung: Im Rahmen der Zwecke der Datenverarbeitung ist eine Datenübermittlung an ein Drittland außerhalb der EU oder eine internationale Organisation dann angezeigt, wenn ein Elternteil seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der EU hat. Die Zulässigkeit hier ergibt sich aus den Art. 44 – 50

Heedfelder Straße 45 ·58509 Lüdenscheid
Telefon: 02351 / 966-60 E-Mail: poststelle@maerkischer-kreis.de
www.maerkischer-kreis.de

	DSGVO, insbesondere hier bezogen auf den Art. 49 Abs. 1 lit. e DSGVO. Im Konkreten bedeutet dies, dass zum Zwecke der Vaterschaftsfeststellung und zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen die Daten auch in ein Drittland außerhalb der EU übermittelt werden. Weiterhin werden Daten in ein Drittland außerhalb der EU übermittelt, um das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung (der Kinder) ausüben zu können (Art. 2 GG).
Dauer der Speicherung:	Ihre Daten werden grundsätzlich 10 Jahre gespeichert. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem das Kind volljährig wird, bzw. die Fallbearbeitung abgeschlossen wurde. Ausnahmen gibt es insofern, als das Unterhaltstitel 30 Jahre Gültigkeit haben; die darin aufgenommenen Daten bleiben naturgemäß so lange auch greifbar.
Rechte der Betroffenen:	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind: • Art. 15 DSGVO - Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Art. 16 DSGVO - Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Art. 17 DSGVO - Recht auf Löschung (Vergessenwerden) • Art. 18 DSGVO - Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung • Art. 20 DSGVO - Recht auf Datenübertragbarkeit • Art. 21 DSGVO - Widerspruchsrecht • Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde • Art. 7 DSGVO - Erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung, so besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird
Die Daten stammen aus folgender Quelle:	Zum Zwecke der Aufgabenerledigung können unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erhoben werden. Dies können sein: - Der antragstellende Elternteil - andere Jugendämter, Standesämter, Finanzämter - andere Bereiche der Verwaltung - andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit) - Gerichte, Anwälte - andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, - Ausländerbehörden, Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, - Versicherungsunternehmen, Maßnahme- und Bildungsträger. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B.: - Internet - Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.
Zuständige Aufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2 – 4 40213 Düsseldorf Tel.: 0211 / 38424-0

	Fax: 0211 / 38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de Internet: www.ldi.nrw.de
Die Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten ist:	☒ vorgeschrieben durch Gesetz (alle Daten, welche im Rahmen des Zwecks erforderlich sind wie z.B. Name, Vorname, Adressdaten, Bankdaten, Geschlecht, Familienzugehörigkeit, etc.) ☐ vertraglich vorgeschrieben ☐ für Vertragsabschluss erforderlich ☐ nicht vorgeschrieben
Die betroffene Person ist verpflichtet zur Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten:	☒ Ja ☐ Nein Die Nichtbereitstellung der Daten hätte folgende Folgen und Auswirkungen: - Einreichen von Klagen im Rahmen des privatrechtlichen Rechtsstreits - Vollstreckungen Mittels Titel
Es besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 DSGVO (z.B. durch Profiling):	☐ Ja / Beschreibung: ☒ Nein